

HANNOVERNEWS

Nr. 1/2020

AUS DER RUBRIK „PROMINENTEN IN DEN MUND GELEGT“...



ACH GRANT HENDRIK, SCHON MAL WAS VON DER IGS GEHÖRT?

Das Rüttelsieb

Wir leben in einer Wettbewerbsgesellschaft. Ihre Segnungen treiben den Fortschritt voran. Ihr Abbild ist das gegliederte Schulsystem. (Seine Herkunft aus einer ursprünglich ständischen Sozialordnung gerät dabei leicht in Vergessenheit.) Naturgemäß ist das Streben nach dem Gymnasium ungebrochen: Von knapp 4300 Kindern fanden 2017 in Hannover 2088, also über 48 Prozent, einen Platz an einem Gymnasium. Die Folgen sind heute wieder zu besichtigen: Ein Gespenst geht um, Ab-

Dies bringt besonders die Gesamtschulen quantitativ wie pädagogisch an ihre Leistungsgrenze! Hinzu kommt, dass dort auch die Hauptlast der Inklusion zu tragen ist.

Konkrete Lösungsvorschläge sind nicht in Sicht. Diejenigen, denen seit je her das bestehende Schulsystem am Herzen lag, suchen Abhilfe auf der Angebotsseite: Eine modernisierte Realschule könnte „den Eltern ein attraktives Angebot machen, dann werden sie sich dafür entscheiden, anstatt ihr Kind auf ein Gymnasium zu schicken“.

Aber die Anziehungskraft des Gymnasiums liegt wohl eher in seinem sozialen Nimbus. Denn auch die reale Möglichkeit, mit einem erweiterten Abschluss nach Klasse 10 an Real- oder sogar Oberschulen zum Abitur zu kommen, ersetzt vielen Eltern diesen Nimbus nicht.

Und selbst das Abitur: Die allgemeine Hochschulreife ermöglicht zwar ein Studium, meist geregelt nach den Prinzipien der Bologna-Verträge – ein oft dornenreicher und mühsamer Weg – erfüllt aber vielen nicht den erhofften Berufswunsch. Man frage nicht, wie viele Kolleginnen und Kollegen zum Beispiel bei der üstra einen Abschluss als Bachelor oder gar Master sagen wir in Sozialwissenschaften haben...

Auf der anderen Seite ist der drückende Mangel an Lehrkräften auch eine Frage der Ausbildungsmöglichkeiten und der Bezahlung. Über allem kreist also der Geier der schwarzen Null.

corvus

It's still the same old story A fight for love and glory

Herman Hupfeld

schulung heißen: Wer zweimal am Gymnasium scheiterte – nicht zuletzt wegen der zweiten Fremdsprache – muss sich eine andere Schulform suchen! Intern fällt dieser Institution dazu nichts ein. In geringerem Ausmaß findet sich der Vorgang auch an den Realschulen.

Wohin also mit den „Gescheiterten“ und welche Probleme schaffen sie dort – organisatorisch, pädagogisch und sozial? Wo gesiebt wird, bedarf es Vorrichtungen zum Auffangen. In Hannover sind dies hauptsächlich die Integrierten Gesamtschulen, danach die Real- und die Oberschulen. Die „Abgeschulerten“ sind zumeist demotiviert, frustriert und in den Klassenverbänden, die sich in zwei Jahren mühsam zusammengefunden haben, sozial nicht integriert.

corvus schreibt regelmäßig Kommentare zu aktuellen Fragen, besonders mit regionalem Bezug. Der Autor ist ständiges Mitglied der Redaktion.

Schließzeiten während der Osterferien

In der Zeit vom
30. März bis 14. April 2020
bleibt die Geschäftsstelle geschlossen.

**Wir wünschen
erholsame Ferien!**



Foto: Paulista - stock.adobe.com

HANNOVERNEWS 1/2020

Impressum:

Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
Kreisverband Region Hannover,
Berliner Allee 18, 30175 Hannover,
Telefon 0511-6620-14/-15,
Telefax 0511-621294,
E-Mail: gew@gew-hannover.de

Verantwortliche Redakteurin i.S.d.P.: Maren Kaminski,
Berliner Allee 18, 30175 Hannover.

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin oder der Redaktion dar.

Layout: datagraphis GmbH, Wiesbaden-Nordenstadt

Druck: DruckWerk Peter-Michael Thiem e.K., Hannover

Die GEW HannoverNews erscheinen dreimal im Jahr.
Auflage: 5200 Exemplare.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Titelkarikatur: Swidbert Gerken

Fehlende Schulplätze für Schulformwechsler – Bauen – Sanieren – Digitalpakt

Die Schulträgerin kommt spürbar an ihre Grenzen –
Ein Zustand, den viele Schulen schon seit Langem kennen

Neubau, Umbau, Aufstellen von mobilen Raumeinheiten und Sanierung sind die beherrschenden Themen im Schul- und Bildungsausschuss. Diese ernüchternde Bilanz erhöht sich nun noch brisant durch die Umsetzung des Digitalpakts Schule.

Zeitfaktor

Der Zeitrahmen für die Beantragung der Gelder beim Bund auf der Basis einer komplexen Datenzusammenstellung ist extrem kurz.

Finanzierung

Um das Geld vom Bund überhaupt zu bekommen, muss die Kommune in Vorleistung gehen und die voraussetzende Infrastruktur auf eigene Kosten fertigstellen. Dies bringt die kommunalen Kassen an kritische Belastungsgrenzen.

Technik

Das Bereitstellen von WLAN und Glasfaser-Breitbandnetz an allen Schulen, das Anschließen an Rechenzentren, ein garantiertes Funktionieren von vielen Nutzern zur gleichen (Stoß-)Zeit, Support etc. ist hochkomplex und nicht sofort an allen Standorten umsetzbar. Es rächt sich nun der lange digitale Winterschlaf.

Personal

So viele Fachkräfte wie notwendig, stehen (zumindest momentan) nicht zur Verfügung. Abgesehen vom leergefegten Fachkräftemarkt ist das Personalvolumen für die dauerhafte Betreuung der digitalen Systeme ein fortlaufender hoher Kostenfaktor.

Bildungspolitisch

Das Geld reicht also von vornherein nicht annähernd aus, um alle Schulen in der LHH auf den angestrebten MEP-Standard (MEP – Medienentwicklungsplan) zu bringen, der bei den Pilotschulen in den sogenannten Tablet-Klassen eingeführt wurde. Zur Erinnerung: drei Gymnasien (Käthe-Kollwitz, Humboldt, Helene-Lange), die IGS Linden, die Gerhardt-Hauptmann Realschule und die Egestorff Grundschule – eine Handvoll Pilotklassen angesichts der über 90 Schulen in Hannover. Es wurde also ein Ranking „ausgetüftelt“. Aber auf der Grundlage welcher Kriterien? Eine Diskussion, die Schulvertretungen und Mitglieder des Schulausschusses schon seit einigen Monaten beschäftigt.



Aus Sicht der Techniker wäre es am einfachsten, den MEP-Standard der Tablet-Klassen auf alle Jahrgangsstufen zu überführen und als zweiten Schritt die Schulen zu bedienen, die die günstigsten technischen Voraussetzungen aufweisen. Was bedeutet das also für die vielen restlichen Schulen ohne diese Gunst? Betroffen davon sind vor allem Grundschulen, ebenso Schulen älteren Baujahrs ohne kürzlich durchgeführter Sanierungen, und solchen, die dummerweise einen Standort haben, der in größerer Entfernung zu den Rechenzentren liegen. Sie befürchten berechtigterweise eine schon bekannte Fortsetzung des ewigen Wartens. Die Gefahr, dass die bestehende Kluft zwischen sehr gut und gar nicht ausgestat-

teten Schulen verstärkt wird, ist vorprogrammiert.

Ein Dilemma ...

... auf das die Schulträgerin mit Austauschworkshops für den Entscheidungsprozess reagierte: zwei geschlossene Workshops mit Ausschussmitgliedern, Austausch mit allen Schulformen und ein offener Workshop mit Ausschuss- und Schulbeteiligten. Positiv und lobenswert ist diesmal, dass die Einbeziehung von Rückmeldungen ernst genommen wird, anders als so manches Mal erlebt in vergleichbaren Veranstaltungen. Kritik wurde eingearbeitet und von der ursprünglichen Planung unter vor allem technischen Gesichtspunkten etwas abgerückt. Zudem bekamen Aspekte der Grundschulen und die geographische Lage der Schule „Soziale Stadt“ Beachtung. Ebenso die Einsicht, dass der Schulsockelbetrag von 30000 Euro, der jeder Schule zusteht, nicht in einen Gesamt-Finanzierungstopf fließt, sondern es wurde dem Wunsch der Schulen nach dem Motto: „Ein Etwas ist wenigstens mehr als Nix“ entsprochen und es soll ein flächendeckendes Basisangebot WLAN aufgebaut werden. Ernüchternd bleibt dennoch die Tatsache, dass dies alles Jahre zuvor schon hätte geschehen sollen und dass trotz allem dem Schulausschuss eine Rankingentscheidung bevorsteht. Bei dem ganzen Millionengetöse nagt der Zweifel: Was, wenn nach abgeschlossener Bereitstellung das WLAN überholt sein sollte? Wäre stattdessen eine gute Ganztagsausstattung nicht viel nachhaltiger?

Susan Bartels de Pareja
Vertreterin der Lehrkräfte im Schul- und Bildungsausschuss der Landeshauptstadt Hannover

HannoverNEWS 1/2020

Ein Dankeschön an die GEW-Personalräte und Vertrauensleute in den Schulen!



Im „Theater in der List“ trafen sich am Abend des 25. November zahlreiche Schulpersonalrät*innen und Vertrauensleute wie auch Personalrät*innen des Schulbezirkspersonalrats und des Schulhauptpersonalrats, die der Einladung des Kreisverbandes Region Hannover gefolgt waren.

Mit einem politisch anregenden und kulinarisch verwöhnenden

Programm dankten die beiden Vorsitzenden Harald Haupt und Dieter Räger all denjenigen, die an den unterschiedlichsten Orten in der Region die „Gesichter der GEW“ sind.

Warum GEW in die Personalräte wählen?

Das fragte Harald Haupt unsere GEW-Landesvorsitzende Laura Pooth. Sie betonte, wie fundamental das breite Wissen, der Rückhalt, die juristische Unterstützung und die breite Vernetzung mit dem DGB für die Personalräte-Arbeit vor Ort seien. Die GEW vertrete die Interessen aller Bildungsberufe, aller Schulformen, die sich nicht gegeneinander ausspielen lassen sollten. Eine starke GEW in den Personalräten werde von der Politik wahrgenommen. Nur mit einer starken GEW können die Arbeitsbedingungen in der Schule verbessert werden, so dass der tolle Beruf nicht an den schlechten Rahmenbedingungen scheitert! Die vier Kernforderungen der GEW seien für alle wichtig: spürbare Entlastungen müssen in der Arbeitszeitverordnung verankert werden, die Altersermäßigung muss wie versprochen wieder eingeführt werden, ebenso A13/E13 für alle Lehrkräfte, der Skandal der Zwangsteilzeit gehört abgeschafft!

Denn: Ende 2019 werden die Lehrkräfte in Niedersachsen mehr als 13 Millionen Überstunden angehäuft haben; die finanzielle Rettung der NordLB sei nichts im Vergleich zum Wert all dieser Überstunden!

Thorsten Hannig, Geschäftsführer des DGB Niedersachsen-Mitte und GEW-Mitglied, unterstrich die Wichtigkeit der Gewerkschaften für die Gesellschaft, aber auch die Wirkung des gewerkschaftlichen Engagements für die Einzelnen: Man bekomme viel zurück, man kümmere sich umeinander, man bilde



Die Kandidat*innen für den SBPR und SHPR

sich, man wachse am eigenen Engagement, die Teamerfahrungen schulen die sozialen Kompetenzen. Thorsten Hannig hat in seiner Lebensgeschichte die „Gewerkschaft als Familie“ erlebt.

Auf der Bühne standen die Kreisverbandsmitglieder aus dem Schulhauptpersonalrat und aus dem Schulbezirkspersonalrat und repräsentierten die Mischung aller Professionen in der GEW: Grundschule, BBS, Gesamtschule, Sonderpädagogik, pädagogische und therapeutische Fachkräfte, Gymnasium, Realschule.

Anne Kilian und Inga Birwe berichteten über den Schulhauptpersonalrat: Dort arbeiten die Personalrät*innen auf der Ebene des Kultusministeriums, prüfen Erlasse auf ihre möglichen Auswirkungen hin, verhindern problematische Erlasse und sind an Dienstvereinbarungen beteiligt. Ein direkter Kontakt zu den Schulen und Lehrkräften sei dabei eher geringer. Für die Arbeit im Schulhauptpersonalrat formulierte Anne Kilian das Fazit so: „Dagegen sein ist einfach! Erklären, wofür man ist, ist schwieriger und konkrete Ideen einzubringen, ist noch viel schwieriger!“

Im Schulbezirkspersonalrat arbeiten die Personalrät*innen auf der Ebene der Landesschulbehörde. Dort steht die Beratung der Schulpersonalräte, Schulleitungen, vor allem aber einzelner Kolleg*innen im Vordergrund: dabei geht es um Fragen der Abordnung, Versetzung, Probleme mit der Schulleitung, Gesundheit, Probezeit, Entlassung oder der Tarifbeschäftigung, und und und. Die Bezirkspersonalrät*innen Olaf Korek und Susan Bartels de Pareja berichteten, dass sie sowohl oft im Büro beratend am Schreibtisch sitzen als auch viel im Bezirk unterwegs sind, um vor Ort zu unterstützen, um Schulungen durchzuführen oder in Personalversammlungen zu sprechen.

Zum Abschluss des politischen Programms präsentierte Sunna Huygen einen großen Teil aus ihrem Soloprogramm „Horizont – geschnitten oder am Stück“. Sunna Huygen macht Kabarett, Poesie, Holz und Backen, meist auch alles gleichzeitig auf der Bühne. Scharfzüngig, spielerisch, stimmungsgewaltig, poetisch, wütend, belustigt und wortakrobatisch bearbeitete sie die Welt. Ihr Appell für „mehr Demokratie und keine Handbreit dem Faschismus“ gipfelte in der provozierenden Forderung, das Männerwahlrecht abzuschaffen – was sie mit vielfältigen Argumenten augenzwinkernd untermauerte.

Der Abend führte dann zu vielen Gesprächen und Diskussionen, am Buffet, an den Tischen, bei Kerzenschein, in wechselnden Gruppen und Konstellationen.

So wurde Thorsten Hannigs Bild von der „Gewerkschaft als Familie“ erlebbar!

Dr. Jutta Grebe
stellvertretende Vorsitzende der GEW Region Hannover
Mitglied im Schulbezirkspersonalrat der Niedersächsischen
Landesschulbehörde – Regionalabteilung Hannover



Harald Haupt im Gespräch mit Laura Pooth

Region Hannover: mehrheitlich nur noch zwei weiterführende Schulformen

Die Schullandschaft verändert sich, in fünf Bundesländern (SH, HH, HB, BE, SL) gibt es nur noch je zwei Schulformen (GYM, GES). In weiteren Ländern (MV, BB, ST, TH, RP) gibt es neben diesen beiden noch eine dritte, die unterschiedlich organisiert und genannt wird (Oberschule, Regionale Schule, Regelschule, Realschule Plus), im Kern ist es ein Zusammenschluss von Haupt- und Realschule (meist mit zwei Schulzweigen).

Nur in Niedersachsen, HE, NW und BW gibt es zum Teil noch vier oder fünf Schulformen. In Bayern und Sachsen gibt es überhaupt keine Gesamtschulen. Auch in Niedersachsen ist das Gymnasium im Schuljahr 2018/19 mit 43,6 Prozent (43,4)¹ die am stärksten angewählte Schulform beim Übergang in die 5. Klasse der weiterführenden Schulen.

Übergänge in den Jahrgängen 5 der allgemein bildenden Schulen
Region Hannover 2018/2019 (Angaben in Prozent)

Ort	KGS	IGS	GYM	OBS	RS	HS
Barsinghausen	41,7	–	45,0	13,3	–	–
Burgdorf	–	34,3	65,7	–	–	–
Burgwedel	–	33,0	67,0	–	–	–
Garbsen	–	38,7	40,9	20,4	–	–
Gehrden	–	–	61,4	38,6	–	–
Hemmingen	100,0	–	–	–	–	–
Isernhagen	–	33,3	66,7	–	–	–
Laatzen	49,6	–	38,4	12,0	–	–
Langenhagen	–	53,6	37,1	–	9,3	–
Lehrte	–	24,7	47,6	9,3	18,4	–
Neustadt	47,6	–	28,1	–	18,3	6,0
Pattensen	100,0	–	–	–	–	–
Ronnenberg	100,0	–	–	–	–	–
Seelze	–	50,0	50,0	–	–	–
Sehnde	100,0	–	–	–	–	–
Springe	–	40,2	59,8	–	–	–
Uetze	–	41,1	58,9	–	–	–
Wedemark	–	38,3	44,1	–	17,6	–
Wennigsen	100,0	–	–	–	–	–
Wunstorf	–	36,6	46,1	–	14,9	2,4
Summe Region ohne Han.	24,2	22,6	41,6	5,6	5,4	0,6
Hannover	–	34,3	53,1	2,8	8,9	0,9

Alle Zahlen aus der Broschüre: **Schulen im Überblick – Allgemein bildende Schulen Grundlagen**, 2018/19, <https://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Bildung/Schulen>
Absolute Zahlen umgesetzt in Prozentangaben von Lothar Wehlitz 08/2019

Wie sieht es in der Region Hannover (ohne Stadt H.) aus?

Sowohl in den 20 Städten und Gemeinden im Umland, als auch in der Stadt Hannover, kristallisiert sich immer stärker das Zwei-Säulen-Modell – Gymnasium und Gesamtschule heraus.

Anders als in der Stadt Hannover besuchen aber im Umland die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler im 5. Jahrgang eine

Gesamtschule: 46,8 Prozent (46,8) und 41,6 Prozent (39,5) ein Gymnasium. Allerdings ist im Umland traditionell die Schulform KGS (in Pattensen, Ronnenberg, Sehnde und Wennigsen jeweils die einzige weiterführende Schulform) besonders stark vertreten: 24,2 Prozent (24,6) in der gesamten Region (außer H.), während die Schulform IGS auf 22,6 Prozent (22,2) – Tendenz steigend – kommt. Auf die Schulform Oberschule (bzw. HS 0,6 Prozent, RS 5,4 Prozent) entfielen in der Summe nur noch 11,6 Prozent (13,7) – Tendenz fallend. Nur in der Gemeinde Gehrden gibt es überhaupt keine Gesamtschule (nur GYM und OBS), sonst haben die neu gegründeten IGSen in Burgdorf, Burgwedel, Isernhagen, Langenhagen (inzwischen dritte IGS), Lehrte, Seelze, Springe und Wedemark HS, RS und OBS weitgehend verdrängt.

Insgesamt gibt es in der Region in **fünf** Städten und Gemeinden nur eine weiterführende Schulform – **KGS**, in **sechs** (bzw. sieben Gehrden: OBS, GYM) Kommunen nur noch **zwei** – **IGS und GYM**, in **fünf** Städten und Gemeinden noch **drei** (IGS, GYM, OBS/RS) und nur noch in **drei** Städten Neustadt (HS, RS, KGS, GYM), Lehrte (RS, OBS, IGS, GYM) und Wunstorf (HS, RS, ev. IGS, GYM) gibt es noch **vier** weiterführende Schulformen.²

Zum Vergleich die Stadt Hannover: **drei** Schulformen 53,1 Prozent (54,4) GYM; 34,3 Prozent (35,2) IGS; 12,6 Prozent (10,4) HS/RS/OBS.³

Ausblick:

Fast 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler besuchen in Hannover und im Umland im 5. Jahrgang ein Gymnasium oder eine Gesamtschule (IGS/KGS). Die Schulform Oberschule hat sich anders als im gesamten Niedersachsen (vor allem in ländlichen Gebieten) in der Region Hannover mit nur 4,4 Prozent kaum durchgesetzt. Inzwischen sind es im Schuljahr 2019/20 nach Gründung der dritten IGS in Langenhagen nun schon 13 Städte und Gemeinden, in denen es entweder nur eine (KGS) oder das Zwei-Säulen-Modell (IGS und GYM) gibt. Was aus den verbleibenden HS (zwei), RS (vier) und OBS (fünf) wird, darauf darf man gespannt sein, deutlich ist aber die Tendenz zum Zwei-Säulen-Modell.

Kommentar

Die schrumpfenden Haupt- und Realschulen (Oberschulen) haben (in Niedersachsen) offensichtlich häufig nur noch die Funktion, die abgeschulten Schüler*innen – vor allem der Gymnasien – aufzunehmen. Die erheblichen Probleme in der Stadt Hannover sind bekannt, eine Lösung nicht in Sicht. Eine Lösung kann m. E. nur darin liegen, dass Niedersachsen endlich wie auch bereits Bremen das Sitzenbleiben (Abschulen) abschafft und den Weg zu einem Zwei-Säulen-Modell beschreitet. Ob das SPD-geführte Kultusministerium in dieser Richtung Signale geben wird, bleibt abzuwarten.

Lothar Wehlitz

1 in Klammern jeweils die Zahl des Vorjahres

2 Sonderfall Wunstorf: GYM 46,1 Prozent, priv. ev. IGS 36,6 Prozent, HS/RS 17,3 Prozent

3 die 0,9 Prozent (38 Kinder) an HS in Hannover sind Schüler*innen der Glockseeschule (22) und der Südstadtschule (16), beides Schulen mit besonderem reformpädagogischem Profil

Im Interview: die neuen hannoverschen SPD-Stadtverbandsvorsitzenden

► *Zu Ihrer Wahl möchten wir herzlich gratulieren! Wie geht es Ihnen, nachdem Sie die schwierige Aufgabe der Vorsitzenden des Stadtverbandes der SPD am 11. Januar 2020 übernommen haben?*

Es geht uns sehr gut, vielen Dank! Wir haben uns direkt nach unserer Wahl mit großer Freude an die Arbeit gemacht und in den wenigen Wochen als Vorsitzende bereits einige Vorhaben auf den Weg gebracht: Wir haben zehn Tage nach unserer Wahl unser 100-Tage-Programm vorgestellt und beschlossen, 13 Stadtbezirkskonferenzen durchzuführen sowie eine Zuhör-Kampagne auf die Straße zu bringen. Gemeinsam mit der örtlichen SPD in den Stadtteilen und weiteren Menschen vor Ort wollen wir hierbei einen breiten inhaltlichen Beteiligungs- und Gestaltungsprozess ab April starten. Die gesamten Ergebnisse der 13 Stadtbezirkskonferenzen werden in unseren Hannover-Plan einfließen. Bei der Zuhör-Kampagne werden wir einerseits an Hannovers Haustüren klingeln, um ganz genau zu erfahren, wo der Schuh drückt, andererseits schaffen wir auch eine Online-Plattform zur Beteiligung. Gleichzeitig packen wir auch inhaltlich an: Wir setzen auf mehr bezahlbaren Wohnraum – gerade auch für das mittlere Einkommen – und verbinden dieses wichtige Thema mit dem Klimaschutz und der Energiewende. Unser Ziel ist, dass bis 2026 10 000 neue und bezahlbare Wohnungen für geringes und mittleres Einkommen – davon 2000 in kommunaler Hand – entstehen, 10 000 Photovoltaik-Anlagen auf Hannovers Dächern errichtet werden und 10 000 Ölheizungen ausgetauscht werden. Eine hohe Priorität hat für uns auch die Bildungspolitik, denn es ist eines unserer großen Herzenthemen. Wir beide sind im Bildungsbereich auch beruflich verortet (gewesen): Ulrike war Schulleiterin einer Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen und Adis hat die Fächer Politik-Wirtschaft und Deutsch für das gymnasiale Lehramt studiert. Wir wissen über die fundamentale Bedeutung dieses Themas für viele persönliche Biografien. Deshalb werden wir zügig Maßnahmen vorschlagen, um das Schulleben für die Schüler*innen sowie Kolleg*innen zu verbessern. Hierbei würden wir uns über eine enge Zusammenarbeit mit der GEW sehr freuen. Unser Ziel ist es, dass Hannover eine Stadt des Zusammenhaltes bleibt, die ihren Bürger*innen und vor allem Kindern eine sichere Zukunft bietet und ein Zuhause ist.

► *Ist es ein Gewinn, ein Tandem mit solch einem Altersunterschied zu sein (Strauch 69 Jahre/Ahmetovic 26 Jahre)? Gibt es eine Aufgabenverteilung?*

Im Alltag merken wir, dass unser Altersunterschied und unsere Vielfältigkeit viele Vorteile bieten. Wir stehen für die vielfältigen Bedürfnisse der Menschen in der Stadt und repräsentieren verschiedene Lebenssituationen: Die jüngere und beruflich engagierte Generation, Hannoveraner*innen mit Migrationsgeschichte sowie Personen im Ruhestand nach langer Berufstätigkeit und Familienzeiten. Aus diesen unterschiedlichen Lebenswelten ergibt sich eine gut funktionierende Aufgabenverteilung, die auf absolutem gegenseitigem Vertrauen basiert.

Was uns sehr stark verbindet ist, dass wir durch und durch Teamplayer sind. Inhaltlich eint uns vor allem das Engagement, die Kinderarmut und Jugendarbeitslosigkeit durch gute Bildungspolitik zu bekämpfen. Zudem verstehen wir die kommunale Arbeit als wichtigstes Bindeglied zur Gesellschaft. Für uns gilt,

das verlorene Vertrauen der Menschen wiederzugewinnen und als Sozialdemokrat*innen in Hannover deutlicher als Kümmerer*innen wahrgenommen zu werden.

► *Uns von der GEW interessiert natürlich besonders die Entwicklung der bildungspolitischen Konzepte in der Stadt und ihre Umsetzung.*

Dies scheint uns besonders interessant, da Sie, Frau Strauch, eine Förderschule geleitet haben, und Sie, Herr Ahmetovic, Kind bosnisch-herzegowinischer Eltern, aufgewachsen im Sahlkamp, sich als „Arbeiterkind“ bezeichnen und nun ein studierter Lehrer sind. Welche dringenden Probleme in Bezug auf die Bildungslandschaft sehen Sie in der Stadt, die gelöst werden müssen?

Die SPD in Hannover hat es sich zum Ziel gesetzt, für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen. Gerechte Bildung und ein sozialer Aufstieg durch gute Bildung macht einen großen Teil unserer sozialdemokratischen DNA aus. Wir dürfen kein Kind zurücklassen, egal in welchem Stadtteil es aufwächst. Deshalb sind zusammen mit unserer Ratsfraktion viele Projekte beispielsweise für Schulen mit besonderen Herausforderungen auf den Weg gebracht und einige bereits umgesetzt worden. Diese werden durch das Landesprogramm „Schule PLUS“ ergänzt, das nun auch weitergeführt werden soll. Uns ist wichtig, dass die Schulsanierungen endlich engagiert vorangetrieben, mehr Schulplätze für den Sek I-Bereich geschaffen sowie Schüler*innen bestmöglich gefördert werden. Gerade der letzte Punkt setzt eine bessere Unterstützung des Kollegiums voraus. Ebenso sind wir als SPD Hannover eine starke Befürworterin der Integrierten Gesamtschulen. Da gute Bildung nicht erst in der Schule anfängt, werden wir uns auch für eine deutliche Erhöhung qualitativ guter Krippenplätze einsetzen.

► *Natürlich sehen wir die Rahmenbedingungen durch die Vorgaben der Landespolitik. Können Sie sich vorstellen, Schwachpunkte dieser Rahmenbestimmungen zu benennen und versuchen diesbezüglich Einfluss zu nehmen?*

Die SPD-Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der Region Hannover arbeitet eng mit der SPD-Landtagsfraktion zusammen, um Schul- und Bildungspolitik gemeinsam weiterzuentwickeln.

Wünschen würden wir uns zum Beispiel eine größere Offenheit für Modellversuche im Bildungsbereich, wie z. B. das erwähnte Programm „Schule PLUS“. Leider ist dies mit dem derzeitigen Koalitionspartner auf Landesebene nicht immer leicht umzusetzen.

► *Die GEW Hannover setzt sich für die Entwicklung eines Zwei-Säulen-Modells (Integrierte Gesamtschulen und Gymnasien als einzige Schulformen der weiterführenden Schulen) in Hannover ein, immer verstanden als Übergangsmodell zur „Einen Schule für alle“. Können Sie dem etwas abgewinnen?*

Wir werden langfristig gemeinsam über Schulmodelle diskutieren müssen. Auch Schulen stehen aufgrund der Globalisierung und Digitalisierung vor großen inhaltlichen, organisatorischen



Ulrike Strauch und Adis Ahmetovic

Foto: Florian Schönfeld

und pädagogischen Herausforderungen. Des Weiteren müssen die Schulen mit der Verpflichtung zur Inklusion – die wir sehr begrüßen – in Niedersachsen von der Politik eng in der Umsetzungsphase unterstützt werden. Wir wollen, dass jedes Kind einen festen Platz auf Augenhöhe in einer Schule findet. Unser Anspruch lautet: Jedes Kind mitnehmen, kein Kind zurücklassen.

► *Unsere Schulen mit besonderen Herausforderungen bedürfen nun ganz besonderer Unterstützung. Die SPD sieht die Entwicklung von Chancengleichheit als ein wesentliches Element ihrer Programmatik an, um Gleichheit zu verwirklichen. Bisher zeigen alle empirischen Untersuchungen, dass Bildungserfolg und Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht in Deutschland nicht entkoppelt sind, Kinder aus unteren sozialen Schichten gelingt der Aufstieg ganz selten. Sehen Sie Möglichkeiten der Kommune, hier deutliche Zeichen zu setzen?*

Das Schaffen einer wirklichen Chancengleichheit sehen wir als unsere Aufgabe an, der wir uns aus Überzeugung widmen. Eine

Kommune hat viele Möglichkeiten, um deutliche Zeichen zu setzen. Die Rahmenbedingungen der Teilhabe und Chancengerechtigkeit müssen für jede*n so optimal wie möglich gestaltet werden, von klein auf bis ins hohe Alter. Denn es ist aufgrund der engen Verbindung der sozialen Schicht und der Möglichkeiten des Aufstiegs deutlich erkennbar, dass nicht jede*r seines eigenen Glückes Schmied sein kann. Neben dem Bundesprogramm wie dem „Starke Familien-Gesetz“ oder der in Niedersachsen eingeführten Kita-Beitragsfreiheit durch die SPD-geführte Landesregierung setzen wir auch auf eigene kommunale Programme, um in diesem Bereich weitere Fortschritte zu erzielen. Besonders erwähnen möchten wir die hannoversche SPD-Kampagne gegen Kinderarmut „Gemeinsam Chancen schaffen durch Bildung“, die federführend gemeinsam durch die Ratsfraktion und den Stadtverband in Zusammenarbeit mit vielen Expert*innen entstand. Durch das Umsetzen solcher Programme schaffen wir faire Chancen für die gesellschaftliche Teilhabe aller Kinder.

Das Interview führte die Redaktion der HannoverNews

Der Unterricht von Morgen – Ein konkretes Beispiel der IGS Badenstedt

Am 16. Januar 2020 haben 27 Schüler*innen und 20 Lehrer*innen aus ganz Niedersachsen in der Integrierten Gesamtschule Badenstedt kreative Lösungsansätze zum Thema „Umweltschutz“ entwickelt. Innerhalb eines Projekttages der Initiative „Baut Eure Zukunft“ nutzten die Teilnehmer*innen die Innovationsmethode „Design Thinking“.

Von 9.30 Uhr bis 16 Uhr tüftelten die verschiedenen Schulteams an der Aufgabe: „Was können wir zum Umweltschutz beitragen?“ Dabei wurden die Jugendlichen der 8. bis 10. Klassenstufe von Trainer*innen und Mentor*innen unterstützt. Die Lehrkräfte nahmen zeitgleich an einer Fortbildung zum Einsatz der Innovationsmethode „Design Thinking“ an Schulen teil und beobachteten die Teams von Zeit zu Zeit, die konzentriert und kreativ bei der Sache waren. In der Pause wurden Schüler*innen der IGS Badenstedt als Expert*innen interviewt. Auf diese Weise wurde die ganze Schulgemeinschaft praktisch in die Aktion eingebunden. Am Ende eines spannenden Tages präsentierten die Schulteams, bestehend aus jeweils drei bzw. vier Schüler*innen, kreative und innovative Ideen rund um das Thema Umweltschutz. Die Ergebnisse wurden in Modellen, szenischen Darstellungen und Filmen dargeboten. Die Projektarbeit förderte somit Schlüsselkompetenzen wie Teamarbeit, Selbstwirksamkeit und Kreativität.

Alle Teilnehmer*innen des Lehrkräfteworkshops, fünf davon Lehrkräfte der IGS Badenstedt, betonten am Ende des Tages, dass



die Methode sofort anwendbar sei, ohne dass eine langatmige Vorbereitungsphase nötig wäre. Ihnen gefiel vor allem auch der Spaßfaktor, der durch die Kombination von Fachwissen und Kreativität entsteht und somit zur Entwicklung schneller und umsetzbarer Lösungen beiträgt. Uwe Birkel, der Projektleiter bei „Baut eure Zukunft“, ist davon überzeugt, dass diese Form von Unterricht gesellschaftliche Wirkung habe. „Sie ist“, so Birkel

„für uns der Unterricht der Zukunft“.

Das „Baut Eure Zukunft“-Camp in Hannover war das dritte von sieben deutschlandweiten Camps von Social Impact im Schuljahr 2019/2020. Mit dem Projekt werden die 8. bis 10. Klassen aller Schulformen angesprochen. Die Bildungsinitiative bietet neben der Ausrichtung bundesweiter Camps auch die Möglichkeit von Fortbildungen und Beratung. Ziel ist es, Jugendliche bei der Entwicklung von Lösungsideen für aktuelle schulische und gesellschaftliche Herausforderungen wie Zukunftsangst, Kompetenzen der Zukunft, Demokratie, Armut, Gewalt oder Rassismus zu unterstützen. Die Entwicklung der Toolboxes „Demokratiebildung und Rassismus“ wurde gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Michaela Wohlfarth
(Didaktische Leiterin der IGS Badenstedt)

8 TERMINE

Einladung zur Mitgliederversammlung der GEW Region Hannover

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

unsere kommende Mitgliederversammlung hat die Aufgabe einen neuen Kreisvorstand zu wählen. Zudem freuen wir uns über die Zusage von Belit Onay, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover, zu uns zu kommen. Er wird uns seine Schwerpunkte in der Schul- und Bildungspolitik vorstellen. Im Anschluss daran wollen wir dazu ein Interview mit ihm führen.

Nach der Mitgliederversammlung wollen wir mit vielen GEW-Kolleg*innen zum DGB-Kabarett gehen. Sobald das Programm feststeht, werden wir Dich darüber per E-Mail informieren. Wie im vergangenen Jahr wird es wieder vergünstigte Eintrittskarten für alle GEW-Mitglieder geben, die an der Mitgliederversammlung teilnehmen.

Donnerstag, 30. April 2020, 16.30 bis 19 Uhr

14. OG, ContiHochhaus, Königsworther Platz 1, Hannover

Vorschlag für eine Tagesordnung:

1. Begrüßung und Formalia
2. Rede und Interview: Belit Onay zu seinen bildungspolitischen Schwerpunkten
3. Rechenschaftsbericht
3. Kreisvorstandswahlen
4. Termine und Ankündigungen

Für die weitere Planung freuen wir uns über Deine verbindliche Anmeldung an gew@gew-hannover.de

Termine der Fachgruppe Senior*innen der GEW Region Hannover

Genauere Informationen zu den Veranstaltungen versenden wir rechtzeitig per E-Mail, sofern Du uns Deinen Mailkontakt mitgeteilt hast:

■ **21. April, 19 Uhr:** Stammtisch in der Gaststätte Kaisers, Schaufelder Straße 27, Hannover. Unser Vorstandsmitglied, Heidi Forneck-Schulz, berichtet über ihre langjährigen Erfahrungen in Lateinamerika/Montevideo.

■ **19. Mai, 11 bis 16.30 Uhr:** Besuch der Ökologischen Schutzstation „Steinhuder Meer“ in Winzlar mit einer sich anschließenden Führung durch die Meerbruchswiesen, die öffentlich nicht zugänglich sind.

■ **28. Mai, 10 bis 12 Uhr:** DGB-Haus, Otto-Brenner-Straße 1, Gewerkschaften und Wohnungsnot in der Bundesrepublik, mit Harald Meyer-Hamburg. Nachmittags Möglichkeit des Besuchs der alten Siedlung der Neuen Heimat in Garbsen.

■ **23. Juni, 18 bis 20 Uhr:** Treffpunkt: Historisches Museum, Burgstraße
„Ausgerechnet Bananen.“ Eine musikalische Führung durch die 20er-Jahre in Hannover. Ein Sänger und ein Stadtführer entführen uns in die bewegten 20er-Jahre. An Originalschauplätzen mit den Gassenhauern und Schlagern von damals lebt die aufregende Zeit wieder auf. Eine Mischung aus Stadtführung und Liederabend: Nicht nur in Berlin, auch in Hannover pulsierte in den „wildem Zwanzigern“ das Leben.

